

Vorlage an die Stadtverordnetenversammlung

Vorlagennummer: **STV/1361/2007**
Öffentlichkeitsstatus: öffentlich
Datum: 20.11.2007

Amt: Büro der Stadtverordnetenversammlung
Aktenzeichen/Telefon: - Al -/1032
Verfasser/-in: Gerhard Merz, SPD-Fraktion

Beratungsfolge	Termin	Zuständigkeit
Magistrat		Zur Kenntnisnahme
Haupt-, Finanz-, Wirtschafts- und Rechtsausschuss	03.12.2007	Beratung
Stadtverordnetenversammlung	13.12.2007	Entscheidung

Betreff:

**Veränderung der Gesellschaftsverhältnisse bei der ZAUG gGmbH
- Antrag der SPD-Fraktion vom 20.11.2007 -**

Antrag:

1. Der Magistrat der Universitätsstadt Gießen und der Vertreter der Universitätsstadt Gießen in der Gesellschafterversammlung der ZAUG gGmbH werden beauftragt, keiner Veränderung bei der Höhe des Stammkapitals und auch keiner anderen Veränderung der Eigentumsverhältnisse bei der Gesellschaft zuzustimmen, aus der ein Absinken des Anteils des Landkreises und der Städte und Gemeinden, die bisher Gesellschafter der ZAUG gGmbH sind, auf unter 75 % der Gesellschaftsanteile und Stimmrechte resultieren würde.
2. Der Magistrat bzw. der Vertreter der Universitätsstadt Gießen in der Gesellschafterversammlung der ZAUG gGmbH werden beauftragt, sich in den Gremien der Gesellschaft für folgende weitere Vorgehensweise einzusetzen für den Fall, dass für die ZAUG gGmbH eine Partnerschaft mit Dritten bzw. eine Beteiligung weiterer Partner am Stammkapital der Gesellschaft angestrebt wird.

In diesem Fall sind zunächst:

- die Ziele einer solchen Partnerschaft bzw. Erweiterung des Gesellschafterkreises klar zu definieren;
- Art und Umfang der Partnerschaft/Beteiligung an der Gesellschaft darzustellen einschließlich möglicher Alternativen;
- die finanziellen und organisatorischen Auswirkungen einer solchen Partnerschaft/Beteiligung für die Gesellschaft und die bisherigen Gesellschafter zu beschreiben sowie

- auf dieser Grundlage ein geordnetes Verfahren der Interessenbekundung und/oder Ausschreibung durchzuführen, damit eine Bewertung möglicher Partner bzw. weiterer Gesellschafter durch die politisch verantwortlichen Gremien des Landkreises und der Städte und Gemeinden erfolgen kann.
3. Der Magistrat der Universitätsstadt Gießen wird aufgefordert, mit den anderen Gesellschaftern Verhandlungen aufzunehmen mit dem Ziel einer Übernahme weiterer Anteile an der ZAUG gGmbH, ggf. bis zu einer Mehrheit der Stammkapitalanteile, durch die Stadt Gießen für den Fall, dass es bei den gegenwärtigen Plänen für eine Stammkapitalerhöhung bleibt.

Begründung: Erfolgt mündlich.

Gez. Gerhard Merz
SPD-Stadtverordneter